

Nr. 16/1182

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bevölkerungs- und Raumordnungsprognose für das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. November 2006
(Drucksache 16/1179)

2. Existenzsichernde Einkünfte im Konzern Bremen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 8. November 2006
(Drucksache 16/1187)

3. Stärkung des Logistikstandorts Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 21. November 2006
(Drucksache 16/1202)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007
(Drucksache 16/1287)

4. Zustand der ambulanten Pflege im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Dezember 2006
(Drucksache 16/1233)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007
(Drucksache 16/1320)

5. Strafrechtliche Sanktionen als wirksame Maßnahme gegen Doping?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 11. Dezember 2006
(Drucksache 16/1236)

6. Bürgerschaftliches Engagement fördern – bürokratische Hemmnisse abbauen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/1239)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007
(Drucksache 16/1321)

7. Flughafen Bremen – Entwicklungen und Perspektiven des Standorts
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/1240)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007
(Drucksache 16/1289)

8. Pflegefamilien und Pflegeeinrichtungen in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. Dezember 2006
(Drucksache 16/1250)
9. Jugendliche vor Verschuldung schützen
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2007
(Drucksache 16/1257)
10. Perspektiven der gesundheitlichen Versorgung älterer Menschen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 16. Januar 2007
(Drucksache 16/1271)
11. Reformen in der Bildungspolitik
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Januar 2007
(Drucksache 16/1277)
12. Rückkehr zum Armenrecht?
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 24. Januar 2007
(Drucksache 16/1279)
13. Messbare Erfolge durch die Polizeireform
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 29. Januar 2007
(Drucksache 16/1281)

Nr. 16/1183

Fragestunde

1. Existenzgründung von Migranten
Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD
vom 22. Januar 2007
2. Senat fehlt Überblick über IT-Kosten
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Jens Crueger, Karoline Linnert und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2007
3. Kein Baumaterial aus menschenrechtswidriger Produktion
Anfrage der Abgeordneten Jan Holthuis, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der
SPD vom 23. Januar 2007
4. Verkehrssicherheit beim Güterkraftverkehr
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst, Hartmut Perschau
und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2007
5. Angriffe auf Vollzugsbedienstete im bremischen Strafvollzug
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst, Hartmut Perschau
und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2007
6. Strafunmündige Kinder
Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst, Hartmut Perschau
und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2007

7. Sicherheit im Einzelhandel

Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 8. Februar 2007

8. Frauen für Gründungen und Übernahmen im Handwerk gewinnen

Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Marlies Marken, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 8. Februar 2007

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Prämienmodell im Länderfinanzausgleich

Anfrage der Abgeordneten Gisela Schwarz, Wolfgang Jägers, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 8. Februar 2007

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

10. Anerkennung der Berufsfachschule für Kosmetik als Ersatzschule

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2007

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

11. Fehlende Transparenz und Vergleichbarkeit bei der Jugendhilfe

Anfrage der Abgeordneten Michael Bartels, Karl Uwe Oppermann, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2007

12. Führerscheintourismus

Anfrage der Abgeordneten Erwin Knäpper, Rolf Herderhorst, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2007

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

13. Situation von Bewerbern und Bewerberinnen um einen Ausbildungsplatz im Lande Bremen

Anfrage der Abgeordneten Bernd Ravens, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2007

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

Nr. 16/1184

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Deutschland nur Mittelmaß, aber Bremen dort ganz hinten: der Internationale UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in Industrieländern“.

Nr. 16/1185

Entwicklung Bremerhavens unter besonderer Berücksichtigung des Fischereihafens

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/1158)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/1284)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1186

Bremisches Ladenschlussgesetz

Mitteilung des Senats vom 6. Februar 2007
(Drucksache 16/1300)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/1187

Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten im Lande Bremen

Antrag des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 19. Februar 2007
(Drucksache 16/1313)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 16/1188

Beschäftigte in veränderter Arbeitswelt besser schützen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Februar 2007
(Drucksache 16/1322)

1. Der Senat wird aufgefordert, über den Bundesrat darauf hin zu wirken, dass die Arbeitsschutzgesetze so an die Veränderungen der Arbeitswelt angepasst werden, dass sie
 - a) die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie von Beruf und Ehrenamt weiterhin ermöglichen und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere die Versorgung von Kindern unter 14 Jahren oder Pflegebedürftige sichern;
 - b) Mindeststandards hinsichtlich des Arbeitsschutzes sowie der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben auch für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichern, die nicht unter dem Schutz von Tarifverträgen stehen;
 - c) bisher nur im Ladenschlussgesetz festgeschriebene Schutzvorschriften soweit erforderlich und möglich aufnehmen.
2. Der Senat möge sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Sicherheit von Beschäftigten im Einzelhandel, die zu später Stunde noch arbeiten müssen, durch diesbezügliche Richtlinien der Berufsgenossenschaft für den Einzelhandel verbindlich umgesetzt oder gesetzlich abgesichert werden. Der Senat wird ferner gebeten, in diesem Zusammenhang die Gewerbeaufsicht zur strikten Überprüfung der Sicherheit im Einzelhandel einzusetzen und nötigenfalls geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
3. Der Senat wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass in Bremen und Bremerhaven berufstätigen Eltern, die außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten arbeiten, geeignete Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder angeboten werden.
4. Der Senat wird gebeten, darauf hin zu wirken, dass die Anbieter von ÖPNV-Leistungen ihre Verbindungsnetze spätabends, nachts und frühmorgens so anpassen, dass Beschäftigte, die zu diesen Zeiten arbeiten, ihre Arbeitswege sicher und in angemessener Zeit zurücklegen können.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen im Einzelhandel des Landes Bremen und erwartet vom Senat, entsprechend tätig zu werden.
6. Der Senat wird gebeten, dem Parlament fortlaufend über die Ergebnisse seiner Bemühungen zu den vorgenannten Punkten zu berichten.

Nr. 16/1189

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2006

(Drucksache 16/1252)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/1190

Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 28. November 2006

(Drucksache 16/1215)

2. Lesung

Dieses Hochschulreformgesetz ist durch die Neufassung des Senats vom 20. Februar 2007 (Drucksache 16/1316) erledigt.

Nr. 16/1191

Hochschulreformgesetz

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2007

(Drucksache 16/1316)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 16/1192

Frauenförderung in der Wissenschaft im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 13. Februar 2007

(Drucksache 16/1302)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Genehmigung der von den Hochschulen vorgelegten Grundordnungen und Satzungen darauf zu achten, dass die Hochschulen in ihren Grundordnungen und Satzungen Belange der Frauenförderung angemessen berücksichtigen;
2. für die Frauenbeauftragten sicherzustellen, dass sie sich über alle den Gleichstellungsauftrag berührenden Belange informieren, an allen Gremien mit beratender Stimme teilnehmen, Anträge stellen und Sondervoten bei Berufungsverfahren an den Senator weiterleiten können;
3. in den Kontrakten mit den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages zu berücksichtigen und mit finanziellen Anreizen im Rahmen der leistungsorientierten Mittelvergabe zu verbinden;
4. zu prüfen, inwieweit eine gezielte Förderung des weiblichen akademischen Nachwuchses durch die Auflage von Sonderprogrammen wie z. B. Promotions- und Habilitationsstipendien an den Hochschulen im Lande Bremen nach Möglichkeit unter Einbeziehung von Spendern und Stiftungen verwirklicht werden kann.

Nr. 16/1193

Bilanz „Regionales Sonderprogramm Stahlwerke“

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. Dezember 2006
(Drucksache 16/1241)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/1290)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1194

Erfahrungen mit der Einstiegsqualifizierung für Jugendliche EQJ

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 10. Oktober 2006
(Drucksache 16/1163)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2007

(Drucksache 16/1285)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

